



drink-OR-drive – Aktion „Sicher nach Hause“

drink-OR-drive ist ein Verein, der von engagierten Menschen aus dem Müritz 2008 gegründet wurde und seither Aktionen gegen Alkohol am Steuer setzt. Im Fokus steht die **Bewusstseinsbildung** für die Problematik "Alkohol am Steuer".

In Schulen sind wir mit bewusstseinsbildenden Workshops und gestalten jährlich einen drink-OR-drive Taschenkalender!

Immer noch ist betrunken Autofahren für viele ein Kavaliersdelikt und immer noch passieren 6-7 Alkoholunfälle pro TAG [Statistik Austria, 2005-2015]. **Jeder einzelne Unfall ist** einer zu viel und jeder einzelne ist **VERMEIDBAR!**



drink-OR-drive fragt Politik

Unter dem Motto - **JEDE/R kann Alkohol am Steuer verhindern**, erwarten wir mit großem Interesse **Ihre Lösungsansätze** bzw. Ihre Antworten zu unseren Forderungen zum Thema „Reduktion von Alkohol am Steuer“.

Ihre Rückmeldungen werden wir gerne gesammelt auf unserer Webseite (www.drink-OR-drive.at) und Facebookseite präsentieren, damit unsere Mitglieder und unser Netzwerk ebenfalls informiert sind.



Nationalratswahl 2017

Antworten der wahlwerbenden Parteien zu folgenden Themenbereichen [Stand 12.10.2017]

1	Thema: „0,0 Promillegrenze für ALLE LenkerInnen eines motorisierten Verkehrsmittels“	2
2	Thema: „Ausbau des öffentlichen Nachtverkehrs“	3
3	Thema: „Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten AlkolenkerInnen“	4
4	Thema: „Ausbau der Alkoholkontrollen“	5
5	Thema: „Weitere Ansätze, Strategien, konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer“	6

1 Thema: „0,0 Promillegrenze für ALLE LenkerInnen eines motorisierten Verkehrsmittels“



Problem	drink-OR-drive Vorschlag / Forderung	Kosten-Schätzung	Zu erwartender Nutzen
<p>Bereits doppeltes Unfallrisiko bei 0,5 Promille [KfV, 2010]</p> <p>Eine 0,5 Promillegrenze verleitet zum „Das-wird sich-schon-ausgehen-Trinken“</p>	<p>0,0 Promillegrenze (Rechtsrahmen 0,1 Promille) für ALLE LenkerInnen eines motorisierten Verkehrsmittels</p>	<p>gering, Änderung der entsprechenden Gesetzestexte und Ausbildungsunterlagen</p>	<p>Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!</p>

Statements der im Nationalrat vertretenden Parteien

SPÖ	„Die Erhöhung der Verkehrssicherheit hat für uns oberste Priorität. Unsere Zielsetzung lautet daher die Sicherheit in Österreichs Straßenverkehr stetig weiter zu erhöhen, sodass Österreichs Straßen bis 2020 zu den sichersten in Europa gehören. Betrunken autozufahren ist keinesfalls akzeptabel und gefährdet das eigene Leben und das der anderen Verkehrsteilnehmer! Wir verfolgen einerseits den Ansatz verstärkter Kontrollen, aber andererseits auch jenen von Aufklärung durch bewusstseinsbildende Maßnahmen. Allen muss klar sein, es geht nur autofahren oder trinken, nie beides.“
ÖVP	„Die derzeitigen rechtlichen Regelungen zur Höchstgrenze sowie die Rechtsfolgen bei Alkohol am Steuer erachten wir als solide Lösung, um Alkohol am Steuer hintanzuhalten.“
FPÖ	„Vorab halten wir fest, dass wir Alkohol am Steuer ablehnen. Wir sehen aber die derzeitigen gesetzlichen Promille-Regelungen für ausreichend, sofern sie ausreichend kontrolliert werden. Bei Berufskraftfahrer und Schulbuslenker sehen wir die 0 Promillegrenze positiv.“
Grüne	„Die Grünen halten den Vorschlag, die Promillegrenze auf 0,1 Promille zu senken, als Ziel einer Weiterentwicklung der derzeitigen Grenze für sinnvoll und unterstützenswert. Der Vollständigkeit halber ergänzen wir, dass dabei auch ein entsprechendes Angebot öffentlicher Verkehrsmittel zu schaffen ist (wie etwa in Frage zwei angesprochen).“
NEOS	„An oberster Stelle: Bewusstseinsbildung und appellieren an das Verantwortungsbewusstsein: Fahren und Trinken darf in den Köpfen nicht vereinbar sein.“

Statements weiterer wahlwerbender Parteien (i.a.R.)

FLÖ	„Wir bekennen uns zur aktuellen Gesetzeslage, wobei wir den Probeführerschein und somit 0,0 bei Führerscheinneulingen zeitlich ausdehnen wollen. Auch das Fahren unter Drogen gehört strenger geahndet.“
GILT	„bei GILT handelt es sich um eine Idee, die Entscheidungsfindung neu gestalten will. Wir setzen uns für die Umsetzung eines neuen Demokratiemodells ein. Daher können und werden wir keine inhaltlichen Positionen zu Themen einnehmen.“
Pilz	„Das bisherige Verwaltungsstrafen-Regime scheint angemessen. Für eine Veränderung der 0,5-Promille-Grenze spricht keine empirische Untersuchung (für Probeführerschein-Besitzer sowie Lkw- und Busfahrer gilt ohnehin die 0,1-Promille-Grenze).“
Männerpartei	„Diese Promillegrenze gibt es bereits in einer Bewährungsphase. Die Männerpartei setzt auf Eigenverantwortung der Lenker. Unseres Erachtens sind abgelenkte Fahrerinnen und Fahrer, ob mit dem Handy am Ohr oder teilweise denkbar schlecht geübte Lenkerinnen und Lenker ohne Fahrzeugkontrolle oder Rücksicht im Verkehr mindestens ebenso gefährlich wie ein Lenker nach einem Achterl Wein oder Seidel Bier. Ich will nicht, dass jeder, der selten fährt gleich den Führerschein verliert, auch wenn seine Eingewöhnung ans Steuer nun einmal, das ist so, für alle sehr gefährlich ist. Ebenso will ich nicht jedem, der möglicherweise gut und angepasst fährt, nach einem Achterl oder Seidel vielleicht noch besonders vorsichtig, gleich den Führerschein nehmen. Wir sind für die Beibehaltung der 0,5-Promillegrenze, unter der Forderung, dass sich jeder einfach generell sicher im Straßenverkehr zu verhalten hat.“
Weisse	„Die Weißen stehen für direktdemokratische Mitbestimmung. Daher gibt es bei den Weißen keine vorgefertigten Standpunkte. Die Thematik ist von Ihnen bereits so gut vorbereitet, dass man das die Österreicher bereits per Volksabstimmung abstimmen lassen könnte.“

2 Thema: „Ausbau des öffentlichen Nachtverkehrs“



Problem Personen insbesondere in ländlichen Regionen, verzichten nicht auf das Auto, wenn es keine leistbaren, leicht zugänglichen Alternativen gibt. Wer mit dem eigenen Auto zu einer Veranstaltung fährt, möchte in der Regel auch mit dem eigenen Auto wieder nachhause fahren.	drink-OR-drive Vorschlag / Forderung Ausbau des öffentlichen Verkehrs AUCH in der Nacht z.B. in Kooperation lokalen Taxiunternehmen bei Großveranstaltungen bzw. mit Lokalen z.B. Vereinheitlichung der bundesländer-spezifischen Veranstaltungsgesetze und verpflichtende Organisation von Shuttlediensten (in Kooperation mit lokalen Taxiunternehmen) bei Großveranstaltungen ab 300 Personen. z.B. Anreize für große Gastronomiebetriebe, Shuttledienste zu organisieren etc.	Kosten-Schätzung Je nach Ausgestaltung moderat bis hoch	Zu erwartender Nutzen Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten! Beitrag zum Klimaschutz (mögliche positive Spill-Over-Effekte auch bei anderen Wegen auf das Auto zu verzichten)
--	--	---	---

Statements der im Nationalrat vertretenden Parteien

SPÖ	„Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist uns seit jeher ein Anliegen. Die SPÖ tritt daher für eine Öffi-Offensive (v.a. in den Landeshauptstädten und im ländlichen Raum) ein. Diese beinhaltet insbesondere die Umsetzung eines österreichweit einheitlichen Angebots von öffentlichem Verkehr sowie günstige Öffi-Tickets. Neben möglichst kurzen Intervallen bei Bus und Bahn braucht es attraktive und vor allem leistbare Mobilitätsangebote in allen Gemeinden. Wir wollen beispielsweise zusätzlich in Bus- und Schienenverkehre, den Streckenausbau sowie in die Förderung von lokalen »Mikro-Öffis« wie beispielsweise Anruf-Sammeltaxis oder Gemeindebusse investieren.“
ÖVP	<ul style="list-style-type: none"> • „Wir unterstützen den Ausbau eines flächendeckenden Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln, speziell im ländlichen Raum, und fordern die Einführung eines Österreich-Tickets, mit dem alle Verkehrsmittel in Österreich benutzt werden können.“ • „Auch neue Formen der Mobilität, die sich digitale Technologien zunutze machen, können diesbezüglich sinnvoll sein: z.B. Carsharing und Mitfahrbörsen.“ • „Lokale Lösungen wie Kooperationen zwischen Gemeinden, Taxiunternehmen und Shuttlediensten sind auf die individuellen Bedürfnisse vor Ort anzupassen.“
FPÖ	„Alkohol am Steuer ist überall abzulehnen, es darf keine Ausreden geben, warum das Auto trotz Alkohol genutzt wird/werden muss. Notwendig sind Verbesserungen beim öffentlichen Verkehr in den Nachtstunden (vor allem an Wochenenden) und zwar sowohl in den Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum. Auch die Förderung von Sammeltaxis und Shuttlediensten muss vorangetrieben werden. Wichtig ist auch Bewusstseinsbildung; die heutige Jugend ist hier teilweise aber schon sehr weit, beispielsweise mit Fahrgemeinschaften bei denen sich die Fahrer abwechseln und der „Fahrer des Tages“ auf Alkoholkonsum verzichtet.“
Grüne	„Die Grünen unterstützen diese Idee. Abgesehen von Shuttlediensten in besonderen Situationen ist es aber Aufgabe der Länder, dafür zu sorgen, dass auch tatsächlich öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen.“
NEOS	„Ausbau des öffentlichen Nachtverkehrs: Neos Wien haben sich z.B. eine Nach-S-Bahn ins Umland nach Tiroler Vorbild gefordert, um nicht nur die Wiener Nachtwirtschaft zu fördern, sondern auch die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Gerade im ländlichen Raum stößt die Finanzierung des regulären Bahn- und Bus-Verkehrs leider schnell an ihre Grenzen. Hier müsste mit Sammeltaxisystem, Discobussen und ähnlichem gearbeitet werden.“

Statements weiterer wahlwerbender Parteien (i.a.R.)

FLÖ	„Wir fordern den Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch am Wochenende und in der Nacht. Bei Großveranstaltungen soll auch ein Verkehrskonzept, sprich Shuttledienst ausgearbeitet werden. Bei einer Personengruppe ab 500 Personen soll verpflichtend im Veranstaltung ein Shuttledienst vorgeschrieben werden.“
GILT	„bei GILT handelt es sich um eine Idee, die Entscheidungsfindung neu gestalten will. Wir setzen uns für die Umsetzung eines neuen Demokratiemodells ein. Daher können und werden wir keine inhaltlichen Positionen zu Themen einnehmen.“
Pilz	keine spezifische Rückmeldung zu diesem Punkt erhalten.
Männerpartei	Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch in der Nacht. „Diese Forderung teilen wir gerne. Ebenfalls sind Heimfahrerservices in ihrem Geschäftsaufbau zu unterstützen und in Synergie mit der Gastronomie zu bringen.“ Verpflichtende Organisation von Shuttlediensten „Wenn wir Shuttledienste staatlich erzwingen wollen, dann nur auch tatsächlich von der öffentlichen Hand getragen. Kleinunternehmer, welche besonders fleißig arbeiten und sehr oft dabei wenig verdienen, mit möglicherweise unrentablen Pflichten zu belasten, wäre unfair.“
Weisse	„Die Weißen stehen für direktdemokratische Mitbestimmung. Daher gibt es bei den Weißen keine vorgefertigten Standpunkte. Die Thematik ist von Ihnen bereits so gut vorbereitet, dass man das die Österreicher bereits per Volksabstimmung abstimmen lassen könnte.“

3 Thema: „Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten AlkolockerInnen“



Problem Viele verurteilte AlkolockerInnen fahren auch ohne Führerschein bzw. melden sich nicht freiwillig für einen Alkolock-Einbau (was positiverweise seit September 2017 möglich ist.)	drink-OR-drive Vorschlag / Forderung Verpflichtender Einbau von Alkolocks für alle verurteilten AlkolockerInnen Präventiv: Einbau von Alkolocks bei allen Fahrzeugen	Kosten- Schätzung Kosten trägt AlkolockerIn, weitere Kosten gering, da vorbereitende Maßnahmen durch Pilotprojekt bereits ergriffen	Zu erwartender Nutzen Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!
---	---	---	---

Statements der im Nationalrat vertretenden Parteien

SPÖ	<i>„Seit 1. September 2017 ist es nunmehr möglich, die Alkolocks als alternatives Bewährungssystem bei Führerscheinenzug einbauen zu lassen. Die Alkohol-Interlocks sind zunächst als fünfjähriges Pilotprojekt konzipiert. Es sollten daher erst einmal die Ergebnisse und Erfahrungen im Umgang mit dem System abgewartet und evaluiert werden.“</i>
ÖVP	<i>„Alkolocks wurden bereits als wissenschaftlicher Versuch gestartet. Vorerst werden Promille-Lenker diese Möglichkeit für fünf Jahre haben. Die Wirksamkeit von Alkolocks soll geprüft und intensiv beobachtet werden.“</i>
FPÖ	<i>„Das Fahren ohne Führerschein, insbesondere aufgrund nach einem Führerscheinenzug aufgrund einer zu hohen Alkoholisierung, gehört nachhaltig gestraft. Alkolocks wurden von uns bereits vor längerem diskutiert und werden von uns grundsätzlich als positiv gesehen. Der Einführung von Alkolocks in Österreich mit 1.9.2017 haben wir jedoch nicht zugestimmt, da die Umsetzung in keinster Weise ideal erfolgt ist und insbesondere die sozialpolitische Komponente außer Acht gelassen wurde.“</i>
Grüne	<i>„Wir halten Alkolocks grundsätzlich für einen Teil der Lösung und haben dies auch bei der Diskussion über das Pilotprojekt klargemacht. Leider hat dieses Pilotprojekt aber einen fachlich und finanziell bedenklichen Weg des Typs "Freunderlwirtschaft" genommen, das haben wir scharf kritisiert, weil es geeignet ist den Stellenwert des Instruments Alkolock zu beschädigen statt zu stärken. Weil die tatsächliche Wirksamkeit und Umgehungssicherheit der Alkolocks nicht hinreichend belegt ist und mit diesem fehlgesteuerten Pilotprojekt kaum belastbar belegt werden wird sehen wir derzeit leider keine Möglichkeit, einen verpflichtenden Einbau durchzusetzen.“</i>
NEOS	<i>„Bei verurteilten AlkolockerInnen wären verpflichtende Alkolocks anzudenken.“</i>

Statements weiterer wahlwerbender Parteien (i.a.R.)

FLÖ	<i>„Schwarze Schafe im Straßenverkehr gibt es immer wieder. Eine Überprüfung kann nur durch Überwachung der Exekutive erfolgen. Einen verpflichtenden Einbau von Alkolocks lehnen wir ab.“</i>
GILT	<i>„bei GILT handelt es sich um eine Idee, die Entscheidungsfindung neu gestalten will. Wir setzen uns für die Umsetzung eines neuen Demokratiemodells ein. Daher können und werden wir keine inhaltlichen Positionen zu Themen einnehmen.“</i>
Pilz	keine spezifische Rückmeldung zu diesem Punkt erhalten.
Männerpartei	<i>„Mehr noch, nicht nur für die weiblichen, sondern auch für die männlichen Alkolocker :-“</i>
Weisse	<i>„Die Weißen stehen für direktdemokratische Mitbestimmung. Daher gibt es bei den Weißen keine vorgefertigten Standpunkte. Die Thematik ist von Ihnen bereits so gut vorbereitet, dass man das die Österreicher bereits per Volksabstimmung abstimmen lassen könnte.“</i>

4 Thema: „Ausbau der Alkoholkontrollen“



Problem	drink-OR-drive Vorschlag / Forderung	Kosten- Schätzung	Zu erwartender Nutzen
Wenn es nicht ausreichend bzw. keine zielgerichteten Alkohol -Kontrollen gibt, können AlkolenkerInnen nicht aus dem Verkehr gezogen werden	Ausbau der Alkoholkontrollen (insbesondere zielgerichtete Kontrollen im Umkreis von Großveranstaltungen)	Je nach Ausgestaltung moderat bis hoch	Steigerung der Wahrscheinlichkeit Unfälle zu verhindern, Menschenleben zu retten, Leid zu reduzieren, Ersparnis Unfallkosten!

Statements der im Nationalrat vertretenden Parteien

SPÖ	<i>Kontrollen sollten zweifellos ausgebaut werden. Wie zu Frage 1 ausgeführt, sind verstärkte Kontrollen für uns eine der wichtigsten Säulen, um Alkohol am Steuer einzudämmen.</i>
ÖVP	<i>„Alkoholkontrollen sollen zielgerichtet ausgebaut werden, damit allein durch die verstärkte Präsenz der Exekutive potentielle Alkolenker vom Autofahren abgebracht werden.“</i>
FPÖ	<i>„Alkohol-Kontrollen sind aus unserer Sicht am wichtigsten. Egal welche Promille-Regelung es in Österreich gibt, finden keine regelmäßigen und flächendeckenden Kontrollen statt, sind alle Regelungen sinnlos.“</i>
Grüne	<i>„Ja. Alkoholkontrollen sind auszubauen.“</i>
NEOS	<i>„Ausbau von zielgerichteten Kontrollen und Schwerpunktaktionen essentiell.“</i>

Statements weiterer wahlwerbender Parteien (i.a.R.)

FLÖ	<i>„Mehr Schwerpunktkontrollen durch die Exekutive, bei denen Alkohol und Drogen am Steuer überprüft werden, insbesondere bei Zeltfesten und Großveranstaltung werden von uns befürwortet.“</i>
Gilt	<i>„bei G!LT handelt es sich um eine Idee, die Entscheidungsfindung neu gestalten will. Wir setzen uns für die Umsetzung eines neuen Demokratiemodells ein. Daher können und werden wir keine inhaltlichen Positionen zu Themen einnehmen.“</i>
Pilz	<i>keine spezifische Rückmeldung zu diesem Punkt erhalten.</i>
Männerpartei	<i>„Nur, wenn wir Exekutivkräfte aufbauen können. Als kostensparende Alternative sehen wir, ähnlich der oft gar nicht zutreffenden Radarwarnschilder, welche die Leute trotzdem sofort zum Bremsen bringen, ähnliche Warnungen an spezifischen Stellen und vor Großveranstaltungen: Alkohol am Steuer: Heute kontrollieren wir!“</i>
Weisse	<i>„Die Weißen stehen für direktdemokratische Mitbestimmung. Daher gibt es bei den Weißen keine vorgefertigten Standpunkte. Die Thematik ist von Ihnen bereits so gut vorbereitet, dass man das die Österreicher bereits per Volksabstimmung abstimmen lassen könnte.“</i>

5 Thema: „Weitere Ansätze, Strategien, konkrete Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer“

Weitere Ansätze, Strategien und konkreten Maßnahmen zur Reduktion von Alkohol am Steuer:

Statements der im Nationalrat vertretenden Parteien

SPÖ	<ul style="list-style-type: none">• <i>Strukturierte Kontrollpläne für unfall- bzw. verletzungskausale Vergehen wie Alkohol am Steuer mit bundesweit abgestimmter Kontrolldichte und -methodologie</i>• <i>Regelmäßige, wissenschaftlich begleitete Erhebung der Alkoholquote im laufenden Verkehr in enger Kooperation mit der Polizei</i>• <i>Alkoholprävention in Fahrschulen und Schulen u. a. Sammlung und Bereitstellung von Best-Practice-Modellen für Gemeinden</i>• <i>Verstärkte Einbeziehung der Gastronomie: Attraktive Preisgestaltung von nicht alkoholischen Getränken und Anreize für die Gastronomie, z. B. den erklärten FahrerInnen einer Gruppe alkoholfreie Getränke vergünstigt zur Verfügung zu stellen</i>• <i>Verstärkter Einsatz neuer Konzepte für die Sicherheitsarbeit mit Jugendlichen – wie der Peergruppenansatz, das Prinzip „Close To“ und das Prinzip „Lebenslanges Lernen“</i>
ÖVP	<i>„Insbesondere in Schulen und den öffentlich-rechtlichen Medien sollte das Bewusstsein für die dramatischen Folgen von Alkohol am Steuer weiter gestärkt werden. Dabei sollen auch Personen aus der Praxis, wie Polizisten oder Betroffene, sowie in diesem Bereich tätige zivilgesellschaftliche Initiativen zu Wort kommen und aus ihrer Erfahrung erzählen.“</i>
FPÖ	<i>„Bewusstseinsbildung durch (auch schockierende) Werbeeinschaltungen in Printmedien sowie TV-Spots und Spots in den Sozialen Medien Intensive Zusammenarbeit mit der Gastronomie und Zeltfestbetreibern: Das billigste Getränk muss antialkoholisch ein.“</i>
Grüne	<i>„Neben mehr Kontrollen auch bei Zeltfesten und dergleichen sowie generalpräventiven Strafen eventuell mit einkommensabhängiger Staffelung nach nordeuropäischem Vorbild wäre die Beschlagnahmung des Fahrzeugs zu prüfen. Im Führerscheinbereich könnte ebenfalls durch weitere Ausdehnung des Probeführerscheins mit noch wirksameren Maßnahmen im "Fall des Falles" angesetzt werden. Bewusstseinsbildung ist wichtig, aber bei Überzeugungs- und WiederholungstäterInnen leider meist nicht wirksam. Daher halten wir die massive Stärkung der Alternativen zum Auto gerade auch im ländlichen Raum für unverzichtbar. Auf Kurzstrecken kann das das Fahrrad oder E-Bike sein, vor allem aber müssen Öffentlicher Verkehr bis hin zu Bürger- und Discobussen massiv verbessert werden. Wo die Grünen in Regierungsverantwortung sind setzen wir dies mit mehr Bahn- und Bus-Verbindungen und günstigen Öffi-Tarifen (365-Euro-Jahreskarten usw) gezielt um.“</i>
NEOS	<i>„Man muss bereits in der Schule ansetzen, um die Bewusstseinsbildung anzuregen. Ausbau von öffentlichen Informationskampagnen und von öffentlichem Verkehr sind weitere entscheidende Schritte.“</i>

Statements weiterer wahlwerbender Parteien (i.a.R.)

FLÖ	keine spezifische Rückmeldung zu diesem Punkt erhalten.
GILT	<i>„bei GILT handelt es sich um eine Idee, die Entscheidungsfindung neu gestalten will. Wir setzen uns für die Umsetzung eines neuen Demokratiemodells ein. Daher können und werden wir keine inhaltlichen Positionen zu Themen einnehmen.“</i>
Pilz	<i>„Die Liste Pilz ist für eine Verdopplung der Führerscheinentzugsperiode bei einer Alkoholisierung von mehr als 1,6 Promille (also: 12 statt bisher 6 Monate).“</i>
Männerpartei	keine spezifische Rückmeldung zu diesem Punkt erhalten.
Weisse	<i>„Die Weißen stehen für direktdemokratische Mitbestimmung. Daher gibt es bei den Weißen keine vorgefertigten Standpunkte. Die Thematik ist von Ihnen bereits so gut vorbereitet, dass man das die Österreicher bereits per Volksabstimmung abstimmen lassen könnte.“</i>

Übersicht der eingetroffenen Antworten (in chronologischer Reihenfolge nach E-Mail, Person, Partei, Datum):

- birgit.jung@spoe.at, Birgit Jung, SPÖ, 11.10.2017
- fps-klub@salzburg.gv.at, Elvira Herzgsell, FLÖ, 09.10.2017
- Stefan.Riedl@oevp.at, Riedl, Stefan, ÖVP, 04.10.2017
- isabella@dieweissen.at; Isabella Heydarfadai; Die Weissen, 27.09.2017
- Anna.Lauda@neos.eu, Anna Lauda, NEOS, 26.09.2017
- fragebogen@gruene.at, Angelika Nussbaum, Grüne, 22.09.2017
- hc.strache@fpoe.at, Bürgerbüro HC Strache, FPÖ, 19.09.2017
- hannes.hausbichler@maennerpartei.at, Hannes Hausbichler, Männerpartei, 15.09.2017
- regina.kahry@listepilz.at, Nikolaus Dimmel, Liste Pilz, 14.09.2017
- schani@gilt.at, Andreas Weinberger, GILT, 14.09.2017